

Wirtschaftspolitisches Seminar Alpenrhein

Ein Stups in die richtige Richtung

«Verhaltensökonomie nutzbar machen – Einblicke in die österreichische Nudge-Unit» Dr. Axel Sonntag, Insight Austria – Competence Center for Behavioral Economics am Institut für Höhere Studien in Wien.

Das Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung ZWF der HTW Chur und das Liechtenstein-Institut luden am 23. Oktober 2018 zum 16. Wirtschaftspolitischen Seminar Alpenrhein ein.

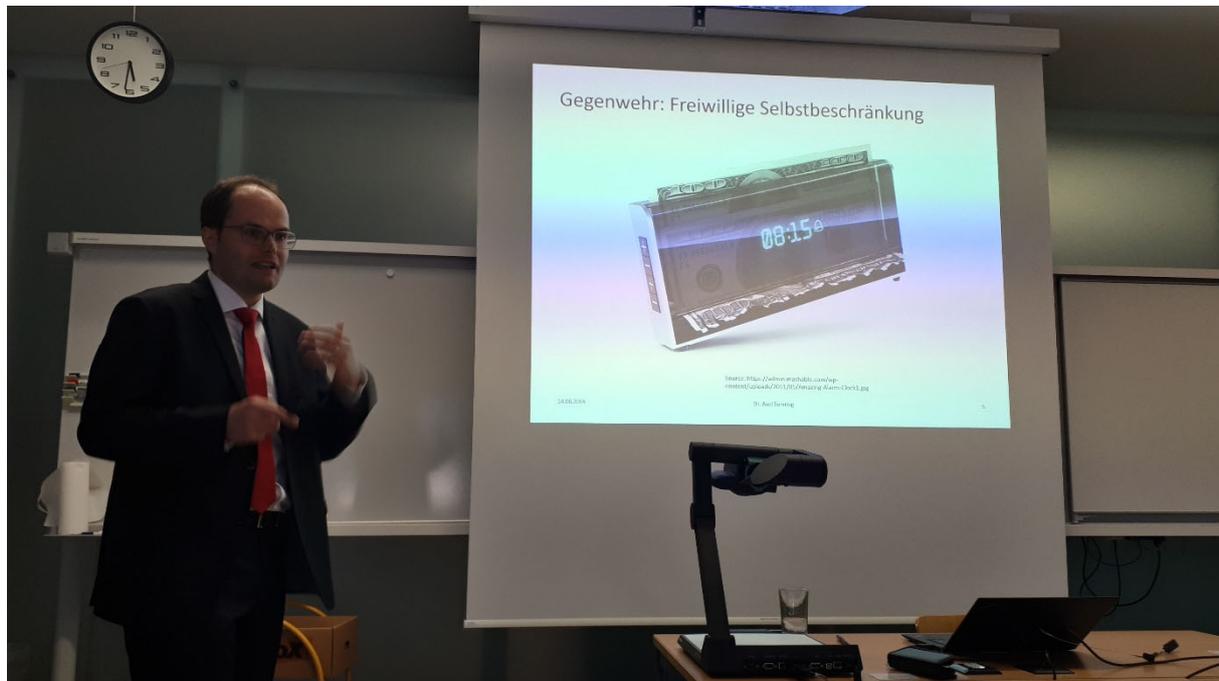


Abbildung 2: Dr. Axel Sonntag verdeutlicht, dass auch privates Sanktionieren für Verschlafen nicht immer erfolgreich sein muss (Bild: HTW Chur / Marc Herter).

Gesellschaften unterwerfen sich Regeln. Wenn entdeckt, werden Regelverstöße üblicherweise sanktioniert. Dies ist sowohl im privaten als auch im öffentlichen Rahmen der Fall. Nicht immer führen Sanktionen aber zu ungewünschten Effekten. Ein Wecker, der beim Klingeln beginnt, das eigene Geld zu schreddern, kann bei guter Kassenlage «ausnahmsweise» zum Verschlafen einladen.

An verhaltensökonomischen Forschungseinrichtungen wie Inside Austria versucht man daher, andere Wege zu gehen. Anhand eines einfachen Beispiels zeigte Dr. Sonntag eindrücklich, wie wichtig Alternativen zu Sanktionen mitunter sind: Eltern, die ihre Kinder erst spät nach Betreuungsschluss aus dem Kindergarten abholen, sorgten mit ihrem Verhalten vielerorts für Ärger, Zusatzkosten und Überstunden der Betreuungspersonen. In einer Studie in Israel wurde die Wirkung von Strafgebühren für das verspätete Abholen untersucht. Der gewünschte Effekt, wonach die neue Strafe diesem Trend ein Ende setzen würde, blieb aus. Im Gegenteil, mit der Einführung der Gebühr wuchsen die Verspätungen noch an, da die Eltern sie nicht als Strafe, sondern als Preis für das verspätete Abholen ansahen. Für die berufstätigen Eltern wurde so ein Regelbruch zur Kostenkalkulation. Lohnte sich die Gebühr im Vergleich zur zusätzlichen Arbeitszeit, holten sie ihre Kinder erst recht später ab.

Manchmal reichen kleine Alternativen zu Sanktionen, um wichtige Verhaltensänderungen zu bewirken: In der Schweiz gilt die Zustimmungsregel für Organspenden, Personen müssen also

vor ihrem Tod ausdrücklich ihren Willen zur Spende erklärt haben. In Österreich gilt die Widerspruchsregelung: wer nicht spenden möchte, muss dies vor dem Tod ausdrücklich erklären. 2017 warteten in der Schweiz pro Organspende 10.19 registrierten Personen auf eine solche, in Österreich waren dies nur 3.44. Man kann die Nicht-Bereitschaft zur Organspende nicht sanktionieren, man kann aber andere Effekte benutzen, um die Zahl der möglichen Organspenden zu beeinflussen: Menschen denken halt nicht gerne vorab über ihren Tod nach und treffen daher selten diesbezügliche Regelungen.

Mit sanktionsfreien Methoden Entscheide «anstupsen»

Speziell Staaten aus dem angelsächsischen Raum verwenden in den letzten Jahren sanktionsfreie Methoden, um das Verhalten ihrer Bürger zu beeinflussen. «Nudging» (Englisch für «stupsen») bezeichnet das Anstossen von menschlichen Verhaltensmustern auf systematische und vorhersagbare Weise. Entscheidungen werden bei dieser Methode aber nicht erzwungen, sondern höchstens gelenkt. Auch für viele staatliche Institutionen in der Schweiz ist Nudging eine interessante Alternative.

Auch das organisierende Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung (ZWF) an der HTW Chur ist an einem verhaltensökonomischen Forschungsprojekt beteiligt. Die internationale Forschergruppe «Gerechtigkeit, Anreize und heterogene Bedarfe» untersucht mittels verhaltensökonomischer Experimente die volkswirtschaftlichen Kosten, die auf fehlende Anreize durch staatliche Umverteilung zurückzuführen sind. Antworten darauf sollen bis im Jahr 2021 vorliegen.

Ansprechperson:



Andreas Nicklisch

Dr. rer. pol.

Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik

Tel. +41 81 286 37 36

andreas.nicklisch@htwchur.ch